

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHENBERICHT

32. Jahrgang

Berlin, den 15. April 1965

A 22127 C

Nummer 16/17

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1965

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Bonn:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Institut für Konjunkturforschung), Berlin

Institut für landwirtschaftliche Marktforschung,
Braunschweig-Völkenrode

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, Hamburg

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in München am 9. April 1965

Die Lage der Weltwirtschaft

Das wirtschaftliche Wachstum in der westlichen Welt hat angehalten, wenn auch unter dem Einfluß der Entwicklung in Westeuropa eine leichte Verlangsamung eingetreten ist. Dabei waren zahlreiche Länder binnen- und außenwirtschaftlichen Spannungen ausgesetzt, die eine erhöhte wirtschaftspolitische Aktivität auslösten. Der Welthandel nahm weiter stark zu; der Anstieg der Rohstoffpreise ist gegen Jahresende 1964 zum Stillstand gekommen.

Private Investitionen in den Vereinigten Staaten wachstumsbestimmend

In den Vereinigten Staaten von Amerika hat sich das wirtschaftliche Wachstum in den ersten Monaten dieses Jahres beschleunigt; hierbei waren Sonderfaktoren (Nachwirkungen des Automobilarbeiterstreiks im Herbst vorigen Jahres und Lageranreicherungen wegen der Streikgefahr im Stahlbereich) von Einfluß. Mit dem Fortfall dieser Einflüsse wird sich auch das Tempo der Expansion wieder verlangsamen. Jedoch scheinen die Auftriebskräfte stark genug, um in den nächsten Monaten ein Wachstum von rd. 4 vH zu ermöglichen, sofern nicht ein langanhaltender Stahlarbeiterstreik Engpässe in der Versorgung verursacht, die zu Produktionseinschränkungen zwingen.

Wachstumsimpulse gehen nach wie vor von den Investitionsausgaben der privaten Unternehmer aus, die 1965 für Ausrüstungen und Bauten um 12 vH, gegenüber 14 vH im Vorjahr, mehr ausgeben wollen. Wenn die Kontinuität des Aufschwungs nicht durch einen Stahlarbeiterstreik unterbrochen wird, ist sogar damit zu rechnen, daß die gewerbliche Wirtschaft noch mehr Mittel als zur Zeit geplant für Investitionen bereitstellen wird. Die erhöhten Anlageinvestitionen sind nicht nur unter einkommens- und beschäftigungspolitischen Aspekten zu begrüßen; die hieraus resultierende Rationalisierung des Produktionsapparates dürfte den Vereinigten Staaten auch in ihren Bemühungen um die Überwindung des Zahlungsbilanzungleichgewichts zugute kommen.

Mit zunehmenden Industrieumsätzen werden auch die Lagerinvestitionen weiter steigen, da die Relationen zwischen Lager und Absatz trotz des Lageraufbaus in den letzten Monaten unverändert niedrig sind, wenn man sie mit den für die letzten Jahre typischen Kennziffern vergleicht. Allein die Entwicklung im Wohnungsbau gebietet eine zurückhaltende Beurteilung; jedoch dürfte der Tiefpunkt auch hier zunächst einmal überschritten sein. Die Zahl der Baubeginne läßt allerdings noch keinen Tendenzwandel erkennen, aber es hat den Anschein, daß mit den steigenden Ansprüchen an Größe und

Ausstattung der Bauobjekte die Aufwendungen je Baueinheit zunehmen.

Von der öffentlichen Hand sind weiter expansive Einflüsse zu erwarten. Die Ausgaben für Güter und Dienste werden vor allem aufgrund der von den Staaten und Gemeinden zu bewältigenden Aufgaben ihren Anstieg fortsetzen; demgegenüber wird die Wirtschaftstätigkeit von dem amerikanischen Bundeshaushalt nur mittelbare Anregungen erhalten. Die im Vorjahr beschlossene, aber erst am 1. Januar 1965 in Kraft getretene steuerliche Entlastung der Unternehmen, denen noch zusätzlich Abschreibungserleichterungen zugestanden worden sind, dürfte ihren Niederschlag schon in den Investitionsplanungen der gewerblichen Wirtschaft gefunden haben. Dagegen bedarf die Förderung des Verbrauchs, die mit Wirkung vom 1. Juli 1965 durch Reduzierung der Verbrauchssteuern und durch Anhebung der Übertragungszahlungen vorgesehen ist, noch der — allerdings kaum fraglichen — Billigung durch den Kongreß.

Unter Berücksichtigung der zu erwartenden Zunahme der Beschäftigtenzahl dürfte auch bei weiterhin nur mäßiger Steigerung der effektiven Stundenlöhne das verfügbare Einkommen der Haushalte im Jahresvergleich um etwa 7 vH steigen; da keine ins Gewicht fallende Veränderung der Sparneigung zu erwarten ist, werden unter diesen Umständen auch die Konsumausgaben nachhaltig zur Erhöhung der Gesamtnachfrage beitragen. Im Hinblick auf die große Zahl der in das arbeitsfähige Alter eintretenden Jugendlichen wird eine nennenswerte Verminderung der Arbeitslosigkeit unter das im Monat März erreichte Niveau von 4,7 vH kaum gelingen. Das wirtschaftliche Wachstum vollzog sich bei an nähernder Preisstabilität. Die Preisruhe wurde begünstigt durch die Lohnentwicklung; so lagen die Stundenlöhne, die von der verarbeitenden Industrie gezahlt worden sind, auch in den ersten Monaten dieses Jahres nur rd. 3 vH über dem Vorjahrsstand und dürften damit wiederum hinter dem gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt zurückgeblieben sein.

Verstärkte Bemühungen um Zahlungsbilanzausgleich

Schwerwiegende Probleme stellen sich für die Vereinigten Staaten in ihren außenwirtschaftlichen Beziehungen. Allerdings entzieht sich die jüngste Entwicklung einer eindeutigen Beurteilung. Einerseits sind die Ein- und Ausfuhrwerte durch den Hafentarbeiterstreik, der sich über viele Wochen erstreckt hat, verzerrt, andererseits haben die Kapitalbewegungen der letzten Wochen zu stark unter dem Einfluß der von der Regierung getroffenen Maßnahmen gestanden, um als richtungweisend gelten zu können. Ob es gelingt, den Kapitalabfluß auf freiwilliger Basis auf vertretbare Größenordnungen zurückzuführen, wird langfristig von dem Tempo des wirtschaftlichen Wachstums in den USA und ihren Partnerländern und den Bedingungen, unter denen es sich vollzieht, abhängen. Änderungen in der Datenkonstellation, die in der Vergangenheit zu Kapitalexporten geführt hat, sind zunächst noch nicht erkennbar; es ist daher nicht ausgeschlossen, daß die Vereinigten Staaten weitere Maßnahmen zur Erschwerung des Kapitalexports ergreifen werden.

Differenziertes Wachstum in Westeuropa

In Westeuropa hat das wirtschaftliche Wachstum im zweiten Halbjahr 1964 und in den ersten Monaten 1965 angehalten. Das Expansionsstempo war allerdings geringer als in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres; die konjunkturelle Zunahme des realen Bruttosozialprodukts dürfte auf Jahresbasis im Durchschnitt etwa 4 vH betragen haben.

Die Differenzierung zwischen den einzelnen westeuropäischen Volkswirtschaften ist in dieser Zeit noch erheblich stärker geworden. In Italien kam es vorübergehend zu einer fühlbaren Rezession. Aber auch in Frankreich breiteten sich, gemessen an der Industrieproduktion, Stagnationserscheinungen aus. Maßgeblich getragen wurde das Wirtschaftswachstum in Westeuropa von der kräftigen Expansion in der Bundesrepublik Deutschland sowie von dem im zweiten Halbjahr 1964 wieder etwas beschleunigten Produktionsanstieg in Großbritannien.

Die unterschiedliche konjunkturelle Entwicklung trat bei der Auslastung der Produktionsfaktoren vor allem auf den Arbeitsmärkten deutlich in Erscheinung. In Italien vergrößerte sich die Arbeitslosigkeit beträchtlich. Auch in Frankreich stieg sie etwas und führte hier zu einer leichten Auflockerung des Arbeitsmarktes. Umgekehrt nahm die Anspannung in der Bundesrepublik Deutschland noch zu; auch in Großbritannien wurde der Arbeitskräftemangel wieder spürbarer.

In der Lohnentwicklung schlugen sich diese Tendenzen bis zu einem gewissen Grade nieder. In Italien nahmen die Effektivlöhne offenbar nicht mehr so kräftig zu wie vorher, obwohl sich infolge der gleitenden Lohnskala die Erhöhung der Tarifsätze kaum verlangsamte. In Frankreich schwächte sich der Lohnauftrieb ebenfalls ab. Andererseits stiegen die Verdienste in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien in leicht beschleunigtem Tempo.

In der Preisentwicklung kamen die Unterschiede der konjunkturellen Situation bisher nicht ganz so deutlich zum Ausdruck, schon weil den von der Lohnbewegung auf die Kostengestaltung ausgehenden Einflüssen teilweise kompensierende Veränderungen der Produktivität gegenüberstanden. Vor allem gelang es in Italien bisher nicht, den Anstieg der Verbraucherpreise nachhaltig zu bremsen; lediglich bei den Erzeugerpreisen zeichnete sich eine Beruhigung ab. Die Stabilität des Preisniveaus in Frankreich ist in erster Linie der Einführung des Preisstopps zuzuschreiben. Dagegen beschleunigte sich der Preisauftrieb in der Bundesrepublik Deutschland und vor allem in Großbritannien.

Unter den Nachfragefaktoren waren weiterhin die Investitionen für die Stärke der wirtschaftlichen Expansion in hohem Maße bestimmend. Die kräftige Zunahme der privaten Anlageinvestitionen setzte sich in den meisten Ländern fort. In Italien und Frankreich jedoch blieb die Investitionsneigung infolge der verschlechterten Gewinnerwartungen gedrückt. In Frankreich wirkte die anhaltende Zunahme der öffentlichen Investitionen kompensierend; in Italien war sogar die gesamte Investitionstätigkeit 1964 stark rückläufig.

Die öffentlichen Aufgaben insgesamt dürften in Westeuropa relativ wenig zur Expansion beigetragen haben. Der staatliche Konsum stieg nämlich all-

gemein weit schwächer als das Sozialprodukt. Darin schlugen sich die wirtschaftspolitischen Stabilisierungsbemühungen nieder.

Der private Konsum nahm 1964 real langsamer zu als das Sozialprodukt, doch hat sich der Abstand im Laufe des vergangenen Jahres offenbar immer mehr verringert. Die relativ schwache Expansion in diesem Bereich hatte mehrere Ursachen. Verschiedentlich wirkte sich die besonders starke Verteuerung der Konsumgüter (Italien, Großbritannien) aus. Ferner stiegen in den wichtigsten Ländern die Verbrauchsausgaben weniger als die Einkommen der privaten Haushalte. Dazu trug teilweise — auch als Folge wirtschaftspolitischer Restriktionen — die Abnahme der Verschuldungsbereitschaft erheblich bei, die in Italien und Frankreich zu einer kräftigen Einschränkung der Teilzahlungskäufe insbesondere von Kraftfahrzeugen führte.

Ein bemerkenswerter Wandel vollzog sich in den wirtschaftlichen Beziehungen Westeuropas zur übrigen Welt. Während die Ausfuhr konjunkturell weiter stieg, verlangsamte sich mit der Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Expansion die Zunahme der Einfuhr. Dadurch verringerte sich im zweiten Halbjahr 1964 das Handelsbilanzdefizit Westeuropas nach jahrelangem Anstieg. Von der damit verbundenen Veränderung des Außenbeitrags dürften erstmals seit nahezu drei Jahren wieder leichte Anregungen auf Produktion und Einkommen in Westeuropa insgesamt ausgegangen sein.

Im einzelnen war die Entwicklung der Handelsbilanzen in den westeuropäischen Ländern sehr unterschiedlich, vor allem, da sich auch im inner-europäischen Warenaustausch infolge der verschiedenen starken Beanspruchung der Produktionsfaktoren und wirtschaftspolitischer Eingriffe erhebliche Saldenverschiebungen ergaben. Extreme Beispiele waren einerseits die Bundesrepublik mit einem kräftigen Abbau der Überschussposition und andererseits Italien, wo sich der Einfuhrüberschuss drastisch verringerte. Aktivierungstendenzen wiesen in jüngster Zeit die Handelsbilanzen Großbritanniens und Frankreichs auf.

Die Wirtschaftspolitik der meisten westeuropäischen Länder war auch im zweiten Halbjahr 1964 und zu Anfang dieses Jahres überwiegend restriktiv. In Frankreich mehren sich zwar die Anzeichen für einen Abbau der Restriktionen. Ein deutlicher Kurswechsel zu einer expansiven Wirtschaftspolitik vollzog sich aber wegen der rezessiven Entwicklung bisher nur in Italien. Nach Krediterleichterungen im Vorjahr wurden im März 1965 weitere kredit- und steuerpolitische Maßnahmen, die Erhöhung der öffentlichen Investitionen und die Übernahme von Soziallasten der Unternehmer durch den Staat beschlossen. Nachdem sich in Großbritannien die Maßnahmen vom Herbst 1964 zur Sanierung der Zahlungsbilanz (Importsonderzoll, Exportförderung, Diskonterhöhung) bisher als wenig wirksam erwiesen hatten, wurde mit dem Budget 1965/66, das beträchtliche Steuererhöhungen einführt, ein verstärkter restriktiver Kurs eingeschlagen. Die damit beabsichtigte Dämpfung der Nachfrageexpansion wird als Voraussetzung für die angestrebte Exportausweitung angesehen.

Die in Westeuropa in letzter Zeit ergriffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen lassen darauf schlie-

ßen, daß sich das Wirtschaftswachstum in etwas verlangsamttem Tempo fortsetzen wird. Retardierend wird vor allem die Entwicklung in Großbritannien wirken, da dort die Dämpfung der Nachfrageexpansion nicht durch einen entsprechenden Anstieg der Exporte kompensiert werden wird. Andererseits dürfte in Italien die expansive Wirtschaftspolitik nicht ohne Erfolg bleiben. Ungewiß erscheint noch, ob die konjunkturelle Dämpfung in Frankreich angesichts der bisher vorsichtigen Dosierung anregender Maßnahmen schon in naher Zukunft überwunden wird. Nur leicht abgeschwächt wird das Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland sein.

Erneute Passivierungstendenzen in der Außenwirtschaft der Entwicklungsländer

Im Einklang mit der konjunkturellen Expansion in der westlichen Welt hat der Welthandel 1964 erheblich zugenommen. Die Exporte (ohne die der Ostblockländer) stiegen nach vorläufigen Berechnungen um fast 12 vH (1963: 9 vH). Innerhalb des Jahres hat sich das Tempo des Anstiegs kaum verändert. In den ersten Monaten des Jahres 1965 hat der Hafentarbeiterstreik in den USA den internationalen Handelsaustausch beeinträchtigt. Die dadurch ausgefallenen Umsätze dürften jedoch weitgehend nachgeholt werden.

Auch die Ausfuhr der überseeischen Entwicklungsländer ist 1964 kräftig gewachsen. Sie hat um 7—8 vH zugenommen, von denen etwa 3 vH auf den Anstieg des Preisniveaus für ihre wichtigsten Exportprodukte zurückzuführen sind. Der Anstieg der Exportmengen von 4—5 vH ist deutlich hinter dem des Jahres 1963 (+ 7 vH) zurückgeblieben. Offensichtlich hat die Aufstockung von Rohstofflagernbeständen in den Industrieländern seit Anfang 1964 erheblich nachgelassen. Seitdem haben die Rohstoffkäufe den laufenden Verbrauch nicht mehr weit überschritten. Dafür spricht auch die ausgeprägte Verlangsamung, die im Verlaufe des Jahres bei der Ausfuhrzunahme der Entwicklungsländer eingetreten ist.

Den Entwicklungsländern ist es 1964 trotz der verhältnismäßig starken Ausweitung ihres Exports — anders als in den beiden vorangegangenen Jahren — nicht gelungen, ihren Anteil am Weltexport zu halten. Er ist von 23 vH auf rd. 22 vH gesunken. Noch vor 10 Jahren hatte er 28 vH betragen. Der längerfristige Rückgang des Anteils war überwiegend eine Folge der Verschiebung der Preisrelationen: die Ausfuhrpreise der Industrieländer stiegen an, die der Entwicklungsländer gingen dagegen zurück. Lediglich in den beiden letzten Jahren erhöhten sich auch die Ausfuhrpreise der Entwicklungsländer, doch hat sich diese Tendenz nicht weiter fortgesetzt. Nicht unbeträchtlich war jedoch auch die Abnahme des Anteils der Entwicklungsländer an den Ausfuhrmengen. Diese Entwicklung ist geradezu zwangsläufig, solange die Ausfuhr dieser Länder noch in so hohem Maße aus Nahrungsmitteln und Rohstoffen besteht (1962: 84 vH gegenüber nur 31 vH in den entwickelten Ländern). Denn die Möglichkeit zur Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung ist um so begrenzter, je geringer der Verarbeitungsgrad der potentiellen Tauschgüter ist.

Die Einfuhr der Entwicklungsländer ist zwar 1964 stärker angestiegen als im Vorjahr (+ 5 vH gegenüber + 3 vH); sie ist damit aber wiederum beachtlich hinter der Zunahme der Ausfuhr zurückgeblieben. Die Handelsbilanz dieser Ländergruppe hat sich daher weiter verbessert. Nachdem 1963 erstmals seit 1956 ein kleiner Ausfuhrüberschuß (Ausfuhr und Einfuhr fob) erzielt worden war, dürfte der Überschuß 1964 auf rd. 1 Mrd. Dollar angestiegen sein. Wegen des hohen Defizits in der Dienstleistungsbilanz haben die Entwicklungsländer dennoch per Saldo einen Realtransfer aus den entwickelten Ländern empfangen.

Die Tendenz zur Aktivierung der Handelsbilanz der Entwicklungsländer ist jedoch im Verlaufe des zweiten Halbjahres 1964 offensichtlich bereits wieder umgeschlagen. Die Einfuhr dieser Länder hat sich in letzter Zeit stärker erhöht als die Ausfuhr. Diese Entwicklung dürfte sich auch zunächst fortsetzen. Das erwartete weitere Wirtschaftswachstum in den Industrieländern wird zwar eine erneute Steigerung der Ausfuhr der Entwicklungsländer ermöglichen; doch muß diese allein schon wegen der veränderten Preistendenz — es ist allenfalls mit einer Aufrechterhaltung des erreichten Preisniveaus zu rechnen — kleiner als 1964 ausfallen. Schon seit Mitte vergangenen Jahres haben die Währungsreserven nicht mehr zugenommen. Eine erneute Passivierung der Leistungsbilanz müßte alsbald zu einer Abnahme der Währungsreserven führen, da die Kapitalhilfen eher rückläufig sind. Zusätzliche Einfuhrrestriktionen würden dann nach einiger Zeit notwendig. Im Konflikt zwischen zahlungsbilanz- und wachstumspolitischen Zielsetzungen würde abermals zu Lasten des Wirtschaftswachstums entschieden werden müssen.

Kein weiterer Preisanstieg der Rohstoffe

Auf den Märkten der industriellen Rohstoffe konnte der im Spätherbst 1964 erreichte relativ hohe Preisstand nicht ganz gehalten werden. Im Dezember des Vorjahres setzte ein Preisrückgang ein, der in eine Phase überaus starker Schwankungen der Marktpreise einmündete. An dieser Entwicklung waren in erster Linie die NE-Metalle beteiligt.

Zu den wichtigsten marktbestimmenden Faktoren gehörte hier die Beseitigung der Versorgungsengpässe nach Beendigung der Streiks in den Angebotsländern, die eine umfassende Spekulation ausgelöst hatten. Die Aussicht auf umfangreichere Abgaben aus den strategischen Vorräten der Vereinigten Staaten führte zu einer gewissen Entspannung der Marktlage, zumal die Käufer zurückhaltender disponierten und kaum noch zusätzliche Lagerkäufe zur Absicherung von Preisrisiken vornahm.

Die Versorgung der internationalen Märkte für Energieträger, Eisen und Stahl sowie für einige Textilrohstoffe unterlag in der letzten Zeit keinen einschneidenden Änderungen, entsprechend hielten sich die Preisbewegungen in relativ engen Grenzen.

Da in den westlichen Industrieländern vorerst nicht mit einem beschleunigten Wachstum der industriellen Produktion und mithin des Rohstoffverbrauchs zu rechnen ist, sind von der Nachfrageseite her kaum verstärkte Impulse zu erwarten. Auch das

Rohstoffangebot wird leicht zunehmen, denn die Bestrebungen zur Erweiterung des Produktionspotentials und zur schnelleren Aktivierung von Angebotsreserven werden anhalten. Das Preisniveau der industriellen Rohstoffe könnte daher auf dem jetzt erreichten Stand etwa verharren. Nicht ausgeschlossen ist, daß sich die Preise der NE-Metalle künftig noch etwas ermäßigen werden. Allerdings birgt die künftige Entwicklung erhebliche Unsicherheitsmomente in sich. Sie liegen vor allem in der Gefahr einer Ausweitung der Konflikte in Ostasien mit möglichen Änderungen der amerikanischen Stockpile-Politik und in der Ungewißheit über den Umfang von Rohstoffangebot und -nachfrage des Ostblocks an den Weltmärkten.

Die internationalen Agrarmärkte blieben in den letzten Monaten von extremen Preisschwankungen verschont. Durch ungewöhnlich hohe Ernten in den Zulußländern ist die Nachfrage nach Weizen gesunken, während geringere Futterernten in Westeuropa die Nachfrage nach Futtergetreide auf dem Weltmarkt haben steigen lassen. Die Weizenpreise liegen deshalb leicht unter, die Futtergetreidepreise über dem Vorjahr; größere Preisänderungen sind vorerst nicht zu erwarten. Die Zuckerpreise dürften nach anhaltendem Rückgang 1964 nunmehr ihren Tiefstand erreicht haben, während sich die Preise der Öle und Fette trotz zunehmender Produktion im letzten Jahr kräftig erhöhten und anscheinend — wenn auch in geringerem Ausmaß — vorerst noch weiter steigen werden. Auf den internationalen Rindfleischmärkten wird das Nachhinken des Angebots hinter der kräftig zunehmenden Nachfrage zu vorerst noch steigenden Preisen führen. Auf den Märkten von Schweine- und Geflügelfleisch dürfte vorerst mit etwa gleichbleibenden Preisen zu rechnen sein.

Ausblick

Auch in diesem Jahr wird die Weltwirtschaft expandieren, wenn auch im Vergleich zum Vorjahr mit vermindertem Tempo. Nicht zuletzt stehen die unausgeglichenen Leistungs- und Kapitalbilanzen der führenden Industrieländer einer Aufrechterhaltung des bisherigen Wirtschaftswachstums entgegen. Am stärksten wird gegenwärtig in Großbritannien die Wirtschaftsentwicklung durch Zahlungsbilanzschwierigkeiten gehemmt. Die britische Währungsreserve übersteigt nur noch wenig die kurzfristigen Stützungskredite, die Großbritannien vom Internationalen Währungsfonds und von ausländischen Zentralbanken gewährt wurden. Da die Aufnahme zusätzlicher Kredite für Großbritannien zunehmend auf Schwierigkeiten stößt, ist der Spielraum zur Hinnahme weiterer Zahlungsbilanzdefizite äußerst gering. Zur Verteidigung der augenblicklichen Pfundparität, zu der die britische Regierung nicht zuletzt wegen der Leitwährungsfunktion des Pfundes entschlossen ist, blieb ihr kaum etwas anderes übrig, als zu versuchen, das Defizit durch abermalige Drosselung des wirtschaftlichen Wachstums zu beseitigen. Großbritannien setzt damit seine bisherige Stop-and-Go-Politik fort. Diese allein kann aber nur wenig zur Besserung der unzureichenden britischen Konkurrenzfähigkeit auf dem

Weltmarkt und damit zu einer dauerhaften Lösung des britischen Zahlungsbilanzproblems beitragen.

Auch in den Vereinigten Staaten beeinträchtigt die Zahlungsbilanzsituation die Regierung in ihrer wirtschaftspolitischen Handlungsfähigkeit. Daß es hier bisher noch nicht zu ernsthaften — zahlungsbedingten — Störungen des Wirtschaftsablaufs kam, war nicht zuletzt der verständnisvollen Haltung einzelner westeuropäischer Gläubigerländer zu verdanken. Die Zahlungsbilanzanlage könnte schließlich zur Heraufsetzung des Zinses zwingen. Sie ist aus konjunkturellen Gründen nicht erforderlich und würde im Falle ihrer Durchführung die zinsreagiblen Investitionen beeinträchtigen. Als Alternative bieten sich allerdings weitere gezielte wirtschaftspolitische Maßnahmen wie eine Erhöhung der Zinsausgleichsteuer an, um die im vergangenen Jahr vergrößerte Zinsdifferenz gegenüber den nicht-amerikanischen Kapitalmärkten auszugleichen und den amerikanischen Investoren den Anreiz zu nehmen, per Saldo ständig mehr Kapital auszuführen, als mit der Bilanz der Güter und Dienste vereinbar erscheint, die immerhin im vergangenen Jahr mit einem Überschuß von 8 Mrd. Dollar abschloß.

Sowohl die prekäre Zahlungsbilanzsituation in Großbritannien als auch die Zahlungsbilanzschwierigkeiten der Vereinigten Staaten gefährden die Funktionsfähigkeit des gegenwärtig an Pfund und Dollar als Leitwährungen gebundenen Weltwährungssystems. Diese beiden Leitwährungen sehen sich infolge der fundamentalen Zahlungsbilanzungleichgewichte der angelsächsischen Länder einem zunehmenden Vertrauensschwund gegenüber. Die derzeitigen Überschußländer dürften allein nicht in der Lage und auch nicht bereit sein, die Leitwährungsfunktion zu übernehmen.

Damit wird eine Änderung des Weltwährungssystems immer dringender. Die jüngsten Maßnahmen der international führenden Zentralbanken, wie die letzte internationale Pfundstützungsaktion, lassen erkennen, daß durchaus die Funktionsfähigkeit des internationalen Währungssystems auf breiterer Basis gesichert werden könnte, daß es aber zweckmäßig wäre, die de facto bereits bestehende internationale Zusammenarbeit institutionell stärker zu unterbauen.

Von den zur Reform des Weltwährungssystems gemachten Vorschlägen scheint der einer Errichtung einer internationalen Institution, welche die Aufgabe der Schöpfung internationaler Liquidität zum Teil unter Ablösung der vorhandenen Dollar- und Pfund-Forderungen übernimmt, ökonomisch am sinnvollsten, wenn es auch großer Anstrengungen bedarf, sie politisch durchzusetzen.

Durch Schaffung einer solchen internationalen Währungsinstitution würden die bisherigen Leitwährungsländer entlastet. Ihre Regierungen wären freier in der Wechselkursgestaltung; sie könnten eher bei fundamentalen Zahlungsbilanzungleichgewichten die notwendigen Korrekturen durch-

führen, d. h. zu realistischen Wechselkursen übergehen. Eine solche Währungsinstitution läge auch im Interesse der derzeitigen Überschußländer. Sie gäbe ihnen die Möglichkeit, ihre hohen Dollar- und Pfundguthaben in die neu zu schaffende internationale Liquidität umzutauschen.

Wie rasch sich im übrigen eine Überschußsituation in ihr Gegenteil verkehren kann, hat die Entwicklung in den letzten Jahren gezeigt. Durch Errichtung einer internationalen Währungsinstitution würde der beim gegenwärtigen Stand der nationalen Währungsreserven in einzelnen Ländern nur begrenzte Spielraum für reversible Defizite und Überschüsse vergrößert, die im Wechselspiel der Konjunkturen entstehen und die im Interesse der weltwirtschaftlichen Expansion zugelassen werden sollten. Auf der anderen Seite wäre eine solche internationale Währungsinstitution in der Lage, bei der Krediteinräumung künftig strengere Maßstäbe anzulegen. Auf diese Weise würde auf eine größere monetäre Disziplin hingewirkt werden. Die Nachteile des gegenwärtigen Systems könnten dadurch erheblich verringert werden.

Die Lage der westdeutschen Wirtschaft

Das Tempo des gesamtwirtschaftlichen Wachstums hat sich in der Bundesrepublik kaum verlangsamt: Das reale Bruttosozialprodukt hat im zweiten Halbjahr 1964, konjunkturell und für ein ganzes Jahr berechnet¹⁾, um schätzungsweise 5 vH zugenommen. Die Wachstumsrate, d. h. die Zunahme gegenüber dem entsprechenden Vorjahrszeitraum, war etwas größer (5^{1/2} vH); dies lag vornehmlich an der vergleichsweise hohen Zahl von Arbeitstagen und an der geringen Beeinträchtigung der Bauarbeiten durch die Witterung im Dezember.

Das Wachstum des inländischen Angebots ist fast ausschließlich dem Produktivitätsfortschritt zu verdanken. Das Arbeitsvolumen hat sich kaum erhöht: die Zunahme der Beschäftigtenzahl wurde durch die Kürzung der durchschnittlichen Arbeitszeit weitgehend ausgeglichen. Die überraschend hohe Produktivitätssteigerung war nur zu einem kleinen Teil durch den Anstieg des Auslastungsgrades der Produktionskapazitäten bedingt, der sich seit Mitte vergangenen Jahres in der Industrie konjunkturell nur noch wenig, in der Bauwirtschaft überhaupt nicht erhöht hat. Offenbar hatte die im Verlauf des Jahres 1964 beträchtlich verstärkte Investitionstätigkeit ungewöhnlich kräftige Rationalisierungswirkungen. Auch Struktureffekte — relative Zunahme des Beschäftigungsvolumens in der Industrie, dem Bereich mit überdurchschnittlich hohem Produktionsergebnis je Arbeitsstunde — haben wohl zu dem starken Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktivität beigetragen.

Noch stärker als zuvor waren die Importe an der Ausweitung des Gesamtangebots beteiligt.

Dem verstärkt zunehmenden Angebot an Gütern und Dienstleistungen stand eine noch kräftigere Expansion der Gesamtnachfrage gegenüber.

¹⁾ Von saisonalen und Sondereinflüssen bereinigte Entwicklung.

Der seit dem Frühjahr steile Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen hielt unvermindert an. Die Stagnation des Staatsverbrauchs ging in eine zunehmend kräftiger werdende Expansion über. Beim privaten Verbrauch kam es gegen Jahresende zu einer Beschleunigung des Wachstums. Im Herbst begann auch die Ausfuhr wieder konjunkturell zu steigen. Verlangsamt hat sich dagegen die Ausweitung der Bauinvestitionen.

Unter diesen Umständen hat sich der Anstieg des Gesamtpreisniveaus²⁾ beschleunigt; seine Wachstumsrate dürfte sich von rd. 2 vH im ersten Halbjahr 1964 auf reichlich 2½ vH im zweiten Halbjahr erhöht haben.

Besonders stark sind die Preise in der Industrie gestiegen, obwohl das Wachstum der Produktivität kaum schwächer war als das der Löhne und Gehälter. In der Bauwirtschaft hat sich der Preisauftrieb dagegen verlangsamt; im Straßenbau sind die Preise sogar gesunken, und zwar erheblich. Der Anstieg des Preisniveaus des privaten Verbrauchs hat sich nicht verstärkt, was zum Teil allerdings auf andere als konjunkturelle Gründe zurückzuführen ist.

Auf dem Arbeitsmarkt haben die Spannungen gegen Jahresende nochmals zugenommen, vornehmlich wegen des steigenden Kräftebedarfs in der Investitionsgüterindustrie. In der Bauwirtschaft ließ die Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften weiter nach; über Arbeitskräftemangel wird hier kaum mehr geklagt.

Ungebrochenes Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen

Die Ausrüstungsinvestitionen trugen im zweiten Halbjahr 1964 stärker als in der ersten Jahreshälfte zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum bei. Sie sind seit dem vergangenen Frühjahr die maßgebende Komponente der Konjunktur. Die Steigerung der Investitionsneigung führte zu einer forcierten Produktionstätigkeit der Investitionsgüterindustrie und auch zu einem beschleunigten Wachstum des Investitionsgüterimports. Das Preisniveau für Investitionsgüter erhöhte sich gegen Ende des Jahres beträchtlich.

Die Hersteller von Ausrüstungsgütern sind bestrebt, ihre Kapazitäten in zunehmendem Maße auszuweiten. Sie zählen nun zu denjenigen Investoren, die die Investitionskonjunktur weiter vorantreiben. Die Ausgaben für Ausrüstungen werden im ganzen allerdings im Laufe dieses Jahres nicht viel stärker expandieren als in den letzten Monaten. Einige Wirtschaftszweige disponieren bei der Auftragsvergabe zurückhaltender, teils, weil sie der erwarteten Nachfrage bei gleichbleibender Investitionstätigkeit nachkommen können (Bauwirtschaft, Montanindustrie), teils, weil sie Schwierigkeiten bei der Investitionsfinanzierung haben oder befürchten (Bundesbahn und andere öffentliche Investoren).

Der Anstieg der Preise für Ausrüstungsgüter wird zwar nicht mehr so stark sein wie noch im Herbst 1964. Im Jahresdurchschnitt 1965 werden die Preise wahrscheinlich um etwa 3 vH über dem Vorjahresniveau liegen.

²⁾ Preisniveau von Bruttosozialprodukt und Einfuhr.

Baumarkt ohne Spannungen

Im zweiten Halbjahr 1964 war die Auslastung des Produktionspotentials im Hochbau befriedigend. Im Tiefbau dagegen wurde sie als ungenügend empfunden, so daß Aufträge zu sinkenden Preisen heringenommen wurden. Im Hochbau stiegen die Preise weiter, jedoch schwächer als zuvor.

Das Wachstum der gesamten Bauinvestitionen wurde vor allem durch die Bautätigkeit der öffentlichen Hand gestützt, obwohl auch deren Bauausgaben konjunkturell nicht mehr so zunahmen wie in den Jahren zuvor. Der Wohnungsbau stagnierte, die gewerblichen Bauinvestitionen wuchsen leicht unterdurchschnittlich.

Dieser Wachstumsfächer wird sich auch in der Bautätigkeit des laufenden Jahres wiederfinden. Sowohl der Umfang der derzeitigen Genehmigungen als auch der Auftragsüberhang aus dem vorigen Jahr lassen für den Wohnungsbau kaum mehr als Stagnation erwarten. Der gewerbliche Bau wird zwar von der erhöhten Investitionsneigung der Wirtschaft, insbesondere der Industrie, angeregt, jedoch schwächer als die Fertigung von Ausrüstungsgütern. Am meisten wird erneut die Nachfrage der öffentlichen Hand expandieren.

Zusätzliche Arbeitskräfte werden allenfalls in geringem Maße benötigt werden, da mit einer leichten Beschleunigung des Produktivitätswachstums gerechnet werden kann. Der Anstieg der Preise für Bauleistungen dürfte sich in diesem Jahr nicht weiter verlangsamen, aber auch nicht erneut beschleunigen.

Expansiver Einfluß des Staates auf die Gesamtnachfrage

In der zweiten Jahreshälfte 1964 gingen von den staatlichen Transaktionen expansive Einflüsse aus. Die Einnahmen der öffentlichen Haushalte aus Steuern, Abgaben zur sozialen Sicherung und Erwerbseinkünften nahmen — im Vorjahresvergleich gesehen — nur noch verlangsamt zu. Das Wachstum der Einnahmen blieb damit merklich hinter dem des nominalen Bruttosozialprodukts zurück.

Im Gegensatz zu den Einnahmen wiesen die Ausgaben einen beschleunigten Anstieg auf, er ist auf die Erhöhung des Staatsverbrauchs und der Einkommensübertragungen zurückzuführen. Die Investitionsausgaben des Staates nahmen demgegenüber spürbar schwächer zu. Dies war vor allem dadurch bedingt, daß in der zweiten Jahreshälfte 1964 die Mittel für öffentliche Bauinvestitionen trotz nachträglicher Aufstockung der Ansätze für Tiefbauvorhaben relativ knapp waren.

Im Jahre 1965 werden die Einnahmen des Staates ihr Wachstumstempo — vor allem als Folge der Steuersenkung — gegenüber dem Vorjahr noch weiter verlangsamen. Insbesondere die Lohnsteuereinnahmen werden bedeutend weniger zunehmen als 1964. Auch die gewinnabhängigen Steuern werden schwächer steigen als bisher. Dies liegt daran, daß durch die Veranlagung des gewinnschwachen Jahres 1963 zur Zeit nur geringe Abschlußzahlungen eingehen und daß sich in den Vorauszahlungen die Steuersenkung niederschlägt. Die Einnahmen aus

indirekten Steuern dürften netto — d. h. abzüglich der Subventionen — wegen der erhöhten Subventionszahlungen an die Landwirtschaft namentlich in der zweiten Jahreshälfte schwächer zunehmen als im vorangegangenen Jahr. Lediglich die Einnahmen der Sozialversicherung werden beschleunigt wachsen, da die Pflichtversicherungsgrenze in der Angestelltenversicherung von der Jahresmitte an heraufgesetzt wird.

Im ersten Halbjahr 1965 werden die Ausgaben sowohl im zivilen als auch im Verteidigungsbereich beschleunigt zunehmen; im zweiten Halbjahr wird das Schwergewicht bei den Ausgaben für zivile Zwecke liegen. Die Inlandsausgaben werden im laufenden Jahr einen kaum verminderten Anstieg aufweisen.

Der Anstieg der Einkommens- und Vermögensübertragungen dürfte im Jahre 1965 eher geringer sein als im Vorjahr; nach einem verlangsamten Zuwachs im laufenden Halbjahr ist für die zweite Jahreshälfte indes mit einer erhöhten Steigerungsrate zu rechnen.

Durch die dynamische Anpassung der Renten an die Erhöhung des Einkommensniveaus ergibt sich erneut eine Ausgabenbeschleunigung bei der Sozialversicherung.

Bei den staatlichen Investitionen ist 1965 eine deutliche Abschwächung des Wachstumstempos zu erwarten. Es erscheint fraglich, ob die großen Investitionsprogramme in vollem Umfang realisiert werden können, da der Finanzierungsspielraum der öffentlichen Hand — einerseits wegen der angespannten Kapitalmarktlage, andererseits wegen der Steuersenkung — enger sein wird als im Vorjahr.

Aus alledem ergibt sich, daß der expansive Einfluß des Staates auf die Gesamtnachfrage im laufenden Jahr voraussichtlich größer sein wird als 1964. Während die staatlichen Inlandsausgaben ihr Wachstumstempo etwa beibehalten dürften, werden die Einnahmen infolge der Steuersenkung verlangsamt zunehmen. Die öffentlichen Haushalte im engeren Sinne (ohne Sozialversicherung) werden sich daher trotz weniger stark steigender Investitionen in größerem Umfang verschulden müssen.

Beschleunigtes Wachstum des Arbeitseinkommens

Im Laufe des vergangenen Jahres wirkten sich tarifliche Arbeitszeitverkürzungen hemmend auf die Entwicklung des Arbeitsvolumens aus; in der Metallindustrie wurde am Jahresbeginn, im Baugewerbe und im öffentlichen Dienst am 1. April die Wochenarbeitszeit herabgesetzt. Im Jahre 1965 ist mit geringeren tariflichen Arbeitszeitverkürzungen zu rechnen. In einer Reihe von Wirtschaftszweigen (Baugewerbe, Metallindustrie) sind ursprünglich vorgesehene Kürzungen verschoben worden.

Die Zahl der Beschäftigten hat sich das ganze Jahr 1964 hindurch gleichmäßig erhöht. Sie stieg bei weitgehend erschöpftem Reservoir an inländischen Arbeitskräften fast nur durch den beständigen Zustrom von Gastarbeitern. Der eher stärkere Bedarf an Arbeitskräften kann im ganzen gesehen auch im Jahre 1965 nur durch Anwerbungen im Ausland gedeckt werden. Der Zuzug von ausländischen Arbeitskräften wird wahrscheinlich noch größer sein als im Vorjahr.

Sowohl die tariflichen als auch die effektiven Lohn- und Gehaltssätze haben sich bis zum Herbst 1964 stetig erhöht; gegen Jahresende sind sie, insbesondere infolge von Einkommensaufbesserungen im öffentlichen Dienst, beschleunigt gestiegen. Im Jahre 1965 dürften die tariflichen Lohn- und Gehaltssätze stärker heraufgesetzt werden als 1964. Das gleiche ist für die effektiven Sätze anzunehmen. Der Abstand zwischen Tarif- und Effektivverdiensten wird sich vermutlich im weiteren Verlauf des Jahres vergrößern.

Unter dem Einfluß des sich verstärkenden Anstiegs der Lohn- und Gehaltssätze wird sich die Wachstumsrate der Brutto- und -gehaltssumme 1965 nochmals erhöhen. Eine Beschleunigung des Expansionstempos ist aber nur für das erste Halbjahr zu erwarten.

Wegen der Steuersenkung wird die Nettolohn- und -gehaltssumme zunächst erheblich stärker steigen als das Bruttoeinkommen. Im späteren Jahresverlauf wird das Wachstum des Nettoeinkommens aber hinter dem des Bruttoeinkommens etwas zurückbleiben, da die Sozialversicherungsabzüge infolge der Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze sprunghaft zunehmen werden.

Das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, das sich in den vergangenen Jahren nur mäßig erhöht hatte, nahm vor allem infolge der stark gestiegenen Investitionen im Jahre 1964 kräftig zu; es weitete sich etwa im gleichen Ausmaß wie die Einkommen aus unselbständiger Arbeit aus. In der zweiten Jahreshälfte hat sein Wachstum etwas nachgelassen, und auch im laufenden Jahr dürfte die Verlangsamung anhalten.

Das Nettoeinkommen der Unternehmen ist 1964 stärker gewachsen als die Bruttosumme, da sich die Steuerzahlung nach den weitgehend stagnierenden Einkommen des Jahres 1962 richtete. Gleichzeitig erhöhte sich, wie bisher, das Vermögenseinkommen relativ stärker als das Gewinneinkommen der Unternehmen.

Im laufenden Jahr ist erneut mit einem stärkeren Wachstum des Netto- als des Brutto-Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zu rechnen. Dabei wirkt sich die Steuerermäßigung auf die Steuervorauszahlungen aus.

Weiter steigende Sparquote

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte haben in den letzten Monaten des vergangenen Jahres beschleunigt zugenommen. Im laufenden Jahr wird dieses Wachstumstempo zunächst anhalten, danach dürfte es sich verlangsamen, vornehmlich, weil die Nettolohn- und -gehaltssumme weniger stark zunehmen wird.

Das Jahr 1964 stand im Zeichen einer überaus regen Spartätigkeit der privaten Haushalte. Der Anteil der Ersparnis an den verfügbaren Einkommen ist kräftig gestiegen, nachdem sich die Sparquote schon 1963 beträchtlich erhöht hatte. Der private Verbrauch hat mithin deutlich weniger zugenommen als die verfügbaren Einkommen.

Nach den vorliegenden statistischen Indikatoren hat sich seit Beginn des Jahres die Sparquote weiter vergrößert. Offensichtlich kommen weitere Erhöhun-

gen des Einkommens der privaten Haushalte in zunehmendem Maße der Vermögensbildung zugute. Es kann angenommen werden, daß die Sparquote auch im Jahresdurchschnitt 1965 größer sein wird als 1964, die privaten Verbrauchsausgaben also wiederum schwächer expandieren werden als die verfügbaren Einkommen. In der zweiten Jahreshälfte wird sich die Wachstumsrate des privaten Verbrauchs — entsprechend der an anderer Stelle geschilderten Entwicklung der Einkommen — etwas vermindern.

Leistungsbilanzüberschuß auf niedrigerem Niveau

Die Auslandsnachfrage ist seit Herbst 1964 konjunkturell wieder gestiegen. Die Belegung des Exports fiel etwas schwächer aus, so daß sich die Bestände an Auslandsaufträgen leicht erhöht haben. Der Anstieg der Ausfuhrpreise hat angehalten.

Die Belegung der Gesamtausfuhr ergab sich durch eine Zunahme der Exporte nach allen wichtigen Absatzräumen mit Ausnahme der EWG. Der Rückgang der Ausfuhr nach Italien hat sich in den letzten Monaten nicht mehr verstärkt. Die Ausfuhr nach Frankreich hat sich weiterhin nur wenig erhöht.

Die kommerzielle Wareneinfuhr ist im zweiten Halbjahr 1964 konjunkturell erneut kräftig gestiegen. Um die Jahreswende hat sich das Tempo der Einfuhrexpansion aber etwas abgeschwächt.

Da sich die rasche Ausweitung der inländischen Produktion fortsetzte und die Unternehmen bestrebt waren, ihre Lager aufzustocken, haben die Einfuhren von Rohstoffen und Halbwaren kräftig zugenommen. Die Hausse der NE-Metallpreise hat zu spekulativen Vorratskäufen geführt. Diese Einflüsse dürften in den letzten Monaten schwächer geworden sein. Zur Deckung des inländischen Bedarfs an Fertigwaren (Investitions- und Konsumgüter) wurde in unvermindert steigendem Umfang auf das ausländische Angebot zurückgegriffen. Die konjunkturelle Zunahme der Ernährungsgütereinfuhr hat sich zum Jahresende etwas abgeschwächt. Die Rüstungsgütereinfuhren waren im zweiten Halbjahr erheblich größer als in der ersten Jahreshälfte 1964.

Bei dieser Entwicklung von Ausfuhr und Einfuhr ist der Überschuß im Warenhandel stark zurückgegangen. Gleichzeitig hat sich das Defizit der Dienstleistungsbilanz — vor allem aufgrund einer weiteren Erhöhung der Ausgabenüberschüsse im Reiseverkehr und bei den Kapitalerträgen — weiter vergrößert. Der Saldo der Leistungsbilanz hat sich im zweiten Halbjahr auf rd. 1 Mrd. DM vermindert; im ersten Halbjahr hatte er etwa 4 Mrd. DM betragen.

Im Verlauf des Jahres wird sich das konjunkturelle Wachstum der Wareneinfuhr vermutlich weiter abschwächen. Da der Lagerauffüllungsprozeß inzwischen abgeschlossen sein dürfte und zu spekulativen Vorratskäufen in der nächsten Zeit wahrscheinlich kein Anlaß mehr besteht, dürfte sich der Anstieg der Rohstoff- und Halbwareneinfuhr erheblich verlangsamen. Die Ernährungsgütereinfuhr wird in den nächsten Monaten wahrscheinlich weniger als bisher zunehmen. Nach der Jahresmitte dürfte sich ihr Wachstum unter der Voraussetzung normaler Ernteerträge weiter abschwächen. Ange-

sichts der voraussichtlich anhaltend kräftigen Expansion der Inlandsnachfrage ist zu erwarten, daß sich das Wachstum der Fertigwareneinfuhr nicht verlangsamen wird. Man wird annehmen dürfen, daß sich die Wachstumsrate der Rüstungsgütereinfuhr im zweiten Halbjahr vermindern wird.

Die Warenausfuhr wird konjunkturell voraussichtlich weiter leicht zunehmen. Hierfür spricht, daß trotz der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in einigen Abnehmerländern von den expansiven Grundtendenzen in der westlichen Welt anhaltend kräftige Impulse auf das Wachstum der Ausfuhr ausgehen werden.

Der Exportüberschuß im Warenhandel, der um die Jahreswende wieder gestiegen ist, wird im weiteren Verlauf des Jahres 1965 kaum zurückgehen. Er wird jedoch im Jahre 1965 erheblich niedriger sein als im Jahre 1964. Das Defizit der Dienstleistungsbilanz wird vermutlich weiter steigen.

Steigende Fremdfinanzierungsquote

Von Mitte 1964 bis Frühjahr dieses Jahres haben die Unternehmen ihre — steigenden — Investitionen in wachsendem Maße mit fremden Mitteln finanziert; die Abnahme der Fremdfinanzierungsquote im Jahre 1963 und in den ersten Monaten von 1964 ist damit weitgehend wettgemacht worden.

Hand in Hand mit der Zunahme der Fremdfinanzierungsquote ging eine fühlbare Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen: Die Anleihezinsen und die Kosten für längerfristige Bankkredite stiegen weiter, wenn auch nicht mehr so stark wie im Frühjahr 1964; gegenwärtig ist die Effektivverzinsung der festverzinslichen Wertpapiere um drei Viertel Prozent höher als Anfang vorigen Jahres. Im Januar dieses Jahres sind durch die Diskonterhöhung von 3 % auf 3 1/2 % auch die kurzfristigen Bankkredite verteuert worden.

Das Rentenmarktklima hat sich für die Emittenten vor allem deswegen verschlechtert, weil das Ausland, das 1963 in großem Umfang deutsche Rentenwerte erworben hatte, im vergangenen Jahr kaum noch als Käufer auftrat. Ferner lassen seit dem Herbst vorigen Jahres die Wertpapierkäufe der Banken nach. Diese Zurückhaltung hängt eng mit dem seit März vergangenen Jahres anhaltenden Rückgang ihrer Liquiditätsreserven und mit der Anspannung des Geldmarktes zusammen.

Der Rückgang der ausländischen Wertpapierkäufe ist in erster Linie auf die Ankündigung der inzwischen eingeführten „Kuponsteuer“, aber auch darauf zurückzuführen, daß in anderen Ländern die Kapitalzinsen gestiegen sind und Fluchtkapital repatriert wurde.

Die Abnahme der Auslandskäufe hat den Rentenmarkt nicht nur direkt, sondern auch indirekt dadurch belastet, daß mit dem Wegfall von Auslandskapital eine der Liquiditätsquellen der Banken verstopft wurde. Dies fiel um so stärker ins Gewicht, als die übrigen liquiditätsbestimmenden Faktoren überwiegend kontraktiv wirkten: Einmal verloren die Banken aufgrund der sonstigen Devisentransaktionen liquide Mittel. Ferner erhöhte die Bundesbank im August vorigen Jahres auch die Sätze der für Einlagen von Inländern zu unterhaltenden

Mindestreserven. Schließlich ist in letzter Zeit der Bargeldumlauf außerhalb der Banken ungewöhnlich stark gewachsen. Diese Liquiditätsabflüsse waren größer als der Liquiditätszufluß aufgrund der Transaktionen des Staates mit der Notenbank.

Die Bereitschaft der Banken, Wertpapiere zu kaufen, dürfte auch dadurch beeinträchtigt worden sein, daß Geldexporte und Anlagen in inländischen Offenmarkttitlen attraktiver und die Refinanzierung bei der Notenbank teurer geworden sind: Auf wichtigen ausländischen Geldmärkten sind, vor allem in den letzten Monaten, die Zinssätze gestiegen, und die Bundesbank hat im Januar dieses Jahres die Sätze für ihre Geldmarktpapiere und den Diskont heraufgesetzt.

Die Banken werden voraussichtlich auch in diesem Jahr gezwungen sein, auf ihre liquiden Anlagen bzw. auf Zentralbankkredite zurückzugreifen: Die Liquiditätsabflüsse aufgrund der Devisentransaktionen sowie der Zunahme des Reservesolls und des Bargeldumlaufs dürften größer sein als die Liquiditätsanreicherung, die durch Rückgriffe des Staates auf seine Zentralbankguthaben zustandekommen wird.

Der Anteil der fremden Mittel an der Investitionsfinanzierung wird vermutlich weiter steigen; die Fremdfinanzierungskonditionen dürften sich deshalb zunächst weiter verschlechtern. Eine Verschärfung der Restriktionsmaßnahmen durch die Bundesbank erscheint somit unangebracht.

Verstärkter Preisanstieg

Die für das laufende Jahr erwartete Gesamtnachfrage wird sich durch das verfügbare Güterangebot ohne einen verstärkten Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus nicht decken lassen. Die Unternehmen werden noch mehr Mühe und Kosten als im Vorjahr aufwenden müssen, um die nach Zahl und Qualität benötigten zusätzlichen Arbeitskräfte zu gewinnen. Die gute Geschäftslage wird eine beschleunigte Erhöhung der Lohn- und Gehaltsätze zulassen.

Für die konjunkturpolitische Beurteilung ist vor allem die Preisentwicklung des privaten Verbrauchs von Bedeutung. Alles spricht dafür, daß sich der Preisanstieg auch hier beschleunigen wird. Die Verteuerung der Lebenshaltung wird zwar auch durch eine weitere Verknappung des Angebotes an tierischen Erzeugnissen zustandekommen, im wesentlichen aber konjunkturbedingt sein. Das Preisniveau des privaten Verbrauchs wird sich — im Vorjahresvergleich — vermutlich von 2,6 vH im Jahre 1964 auf rund 3 vH im Jahre 1965 erhöhen.

Die Investitionsgüterproduzenten haben auf die steigenden Materialkosten (Hausse auf den NE-Metallmärkten, erhöhte Effektivpreise für Eisen und Stahl) sowie auf die Heraufsetzung der tariflichen Verdienste in der metallverarbeitenden Industrie im vergangenen Herbst trotz hoher Produktivitätsfortschritte bei der guten Marktlage mit kräftigen Preiserhöhungen reagiert. In diesem Jahr wird weniger Anlaß zu Preiserhöhungen vorliegen, da die Materialpreise vermutlich weitgehend stabil bleiben und die Tariflohnsätze nur um 3 vH heraufgesetzt werden.

Bei den Bauinvestitionen ist der Preisanstieg seit der Jahresmitte 1964 schwächer geworden; er wird sich in diesem Jahr voraussichtlich nicht weiter verlangsamen. Der Auftragseingang im Straßenbau, dessen Kapazitäten in den letzten Monaten nicht mehr befriedigend ausgelastet waren, wird sich beleben, so daß die Unternehmer dort vermutlich nicht mehr zu nennenswerten Preisnachlässen gezwungen sein werden. Im Hochbau wird sich die jüngste Lohnerhöhung (im April um reichlich 8 vH) deutlich im Preisbild niederschlagen.

Ausblick

In der westdeutschen Wirtschaft werden in diesem Jahr Auftriebskräfte wirksam sein, die eine unvermindert rasche Expansion der Gesamtnachfrage erwarten lassen. In der Zusammensetzung der Nachfrage dürften sich nennenswerte Änderungen nicht ergeben: Die Ausrüstungsinvestitionen werden vermutlich wiederum besonders stark zunehmen, die Bauinvestitionen werden zwar beschleunigt wachsen, aber weiterhin langsamer als die Ausrüstungsinvestitionen. Die Ausfuhr wird ihr Vorjahresergebnis erheblich übertreffen, konjunkturrell gesehen indes nur leicht steigen. Der private Verbrauch dürfte sich fast ebenso kräftig ausweiten wie in den letzten Monaten des vergangenen Jahres.

Die Chancen zur Vergrößerung des Arbeitsvolumens sind nach wie vor so gering, daß die Zunahme des heimischen Angebots an Gütern und Dienstleistungen wiederum fast ganz vom Produktivitätsfortschritt abhängen wird. Obwohl mit anhaltend hohen Rationalisierungserfolgen gerechnet werden kann, dürfte sich der Produktivitätsfortschritt etwas abschwächen, zumal die Produktionskapazitäten bereits sehr hoch ausgelastet sind.

Das reale Bruttosozialprodukt wird daher voraussichtlich etwas weniger zunehmen als im zweiten Halbjahr 1964; wir schätzen seine Wachstumsrate auf rd. 5 vH.

Da die Vorratskäufe an ausländischen Rohstoffen und Halbwaren nachlassen, wird sich das Wachstumstempo der Einfuhr wahrscheinlich vermindern. Unter diesen Umständen dürfte die Wachstumsrate des Gesamtangebotes an Gütern und Dienstleistungen von etwa 7 vH im zweiten Halbjahr 1964 auf reichlich 6 vH im Jahre 1965 zurückgehen. Das Angebot bleibt damit vermutlich noch mehr als bisher hinter der Nachfrage zurück. Der Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus wird sich — im Vorjahresvergleich — von schätzungsweise 2½ vH im zweiten Halbjahr 1964 auf 3 vH im Jahre 1965 erhöhen.

Dieser Preisanstieg ist keineswegs mit dem Ziel der Geldwertstabilität zu vereinbaren, auch dann nicht, wenn man diese Zielsetzung großzügig interpretiert.

Die restriktiven Maßnahmen der Bundesbank greifen zwar zur Zeit stärker, da sie nicht mehr durch außenwirtschaftliche Faktoren konterkariert werden. Sie allein reichen aber nicht aus, die

erstrebte Dämpfung der Nachfrage zu erzielen. Eine Verschärfung wäre entweder unwirksam, weil sie verstärkte Geldzuströme aus dem Ausland auslösen würde, oder gefährlich, weil sie das Wachstum blockieren könnte.

Die Möglichkeiten, das Angebot durch Importe zu mehren und so dem Preisauftrieb entgegenzuwirken,

finden ihre Grenzen in der Vorstellung, bestimmte Wirtschaftsbereiche gegen verstärkte Konkurrenz schützen zu müssen. Manche Schutzmaßnahmen hatten sogar Preiserhöhungen zur Folge. Zudem wurden Strukturveränderungen verhindert oder verzögert, die eine bessere Nutzung der vorhandenen Ressourcen erlaubt hätten.

**Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für das Jahr 1965
Wachstumsraten gegenüber dem Vorjahr in vH**

	1963	1964	1965	1964		1965	
				1. Halbj.	2. Halbj.	1. Halbj.	2. Halbj.
Entstehung des Sozialprodukts, real							
Beschäftigte Arbeitnehmer	1,1	1,1	1,0	1,0	1,1	1,0	1,1
Arbeitszeit ¹⁾	-1,5	0,4	-0,2	1,3	±0,0	-0,1	-0,4
Arbeitsvolumen	-0,4	1,6	0,8	2,3	1,1	0,9	0,7
Produktivität ²⁾	3,6	4,8	4,0	5,2	4,3	4,0	4,0
Bruttoinlandsprodukt	3,2	6,5	4,9	7,6	5,4	4,9	4,8
Einkommensbildung, nominal							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	7,3	9,5	10,1	9,9	9,2	10,5	9,7
Nettolohn- und -gehaltssumme	6,8	9,4	10,3	9,8	8,9	11,3	9,4
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	3,4	9,4	6,2	10,4	8,6	4,4	7,7
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen ³⁾	2,6	11,1	6,8	12,2	10,3	4,2	8,7
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	6,7	9,5	9,5	9,4	9,6	10,1	9,1
Verwendung des Sozialprodukts, nominal							
Privater Verbrauch	5,4	8,0	8,8	7,8	8,2	9,4	8,3
Staatsverbrauch	11,4	4,6	10,0	0,8	8,1	12,0	8,3
Ausrüstungsinvestitionen	2,3	12,1	12,5	11,0	12,9	13,0	12,2
Bauinvestitionen	8,0	15,4	10,0	25,0	8,5	9,6	10,4
Ausfuhr	8,8	11,1	9,5	15,1	7,5	9,1	9,8
Bruttosozialprodukt	6,2	9,6	8,9	10,1	9,1	8,9	9,0
Einfuhr	7,2	11,9	13,0	8,6	14,9	15,6	10,8
Bruttosozialprodukt und Einfuhr	6,4	9,9	9,6	9,8	10,0	9,9	9,3
Preisniveau							
Privater Verbrauch	2,5	2,6	3,0	2,0	3,0	2,7	3,2
Ausrüstungsinvestitionen	0,3	1,2	2,8	1,0	1,5	3,0	2,7
Bauinvestitionen	5,3	3,8	3,2	4,2	3,4	3,2	3,2
Bruttosozialprodukt und Einfuhr	2,1	2,3	3,0	2,1	2,7	2,8	3,1
<i>Anmerkung:</i> Zahlen für 1963 und 1964 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und nach eigenen Berechnungen, Zahlen für 1965 nach Schätzungen der beteiligten Institute. Die Stellen hinter dem Komma geben keine größere Genauigkeit wieder, sondern sind nur rechnerische Ergebnisse. — Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschl. Saarland und Berlin (West).							
1) Einschl. Veränderung der Zahl der Arbeitstage, die nur zur Hälfte berücksichtigt wurde. — 2) Reales Brutto-Inlandsprodukt je Arbeitnehmerstunde. — 3) Ohne Einkommen des Staates aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.							

Der nächste Wochenbericht erscheint am 30. April 1965

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 u. 53 Bonn, Koblenzer Str. 170
Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Dieter Hiß, Dr. Gerhard Kade, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Horst Seidler, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.

Schriftleitung: Dr. Horst Seidler, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Gustav Ahrens, Buch- und Kunstdruckerei, 1 Berlin 36, Glogauer Straße 19. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—



Gegenstand *)	Einheit †)	1964												1965		
		Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
Anzahl der Werktage		22,5	21,0	20,8	22,8	18,2	21,8	23,8	22,0	22,8	23,0	21,0	21,8	20,7	.	
Kredite an Nichtbanken 12)																
Zentralbanksystem	Mill. DM	E	2810	2894	2764	2760	2668	2904	2985	8042	3067	2897	2703	4566	3155	3700
Kreditbanken	"	"	59033,3	59251,9	60116,9	60052,4	61078,7	62548,3	62393,9	62958,5	64569,7	64553,1	64747,7	66889,4	66433,0	.
an Wirtschaft u. Private	"	"	48957,4	49369,4	49894,9	49881,5	50643,4	51748,5	51551,8	52053,0	53261,5	53361,6	53585,9	55132,6	54707,9	.
kurzfristige Kredite	vH	"	62,9	63,1	63,2	63,2	63,3	63,7	63,2	63,0	62,9	62,5	62,4	63,2	63,0	.
dar. Wechselkredite	"	"	26,9	26,7	26,3	26,6	26,4	26,3	26,5	26,4	26,1	26,2	26,3	28,2	27,5	.
mittelfristige Kredite	"	"	16,5	16,4	16,4	16,3	16,3	16,3	16,4	16,6	16,7	16,8	16,5	16,2	16,2	.
langfristige Kredite	"	"	20,6	20,5	20,4	20,5	20,4	20,0	20,4	20,4	20,4	20,7	21,1	20,6	20,8	.
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	"	2124,6	2127,7	2160,6	2147,3	2180,4	2289,3	2314,0	2281,0	2424,7	2466,7	2475,9	2617,8	2582,9	.
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	"	7951,3	7754,8	8061,4	8023,6	8254,9	8510,5	8528,1	8624,5	8883,5	8724,8	8735,9	9139,0	9142,2	.
Öbrige Kreditinstitute 1)	"	"	181529,0	183011,9	185229,2	187741,4	189877,2	192164,7	194052,7	195552,8	198065,1	200325,7	204167,4	205498,8	207966,0	.
an Wirtschaft u. Private	"	"	126858,8	127944,0	129291,5	130989,8	132433,8	134206,1	135235,0	136293,2	138200,8	139714,5	142613,2	142925,8	143805,6	.
kurzfristige Kredite	vH	"	17,6	17,7	17,8	17,8	17,7	17,9	17,4	17,1	17,3	17,1	16,8	17,0	17,0	.
dar. Wechselkredite	"	"	6,0	6,0	6,0	6,1	6,1	6,1	6,0	5,9	5,9	5,8	5,7	5,8	5,7	.
mittelfristige Kredite	"	"	8,9	8,8	8,8	8,8	8,8	9,1	9,1	9,1	9,0	9,0	9,0	8,9	8,9	.
langfristige Kredite	"	"	73,5	73,5	73,4	73,4	73,5	73,0	73,5	73,8	73,7	73,9	74,2	74,0	74,1	.
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	"	81827,7	81763,0	82342,2	82711,3	83015,5	83370,7	83960,7	84235,2	84696,0	85276,5	86068,5	87221,4	88027,3	.
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	"	22842,5	23304,9	23595,5	24040,3	24421,9	24587,9	24857,0	25024,4	25168,3	25334,7	25485,7	25351,6	26133,1	.
Bargeldumlauf und Bank- einlagen 12)																
Bargeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute	Mill. DM	E	25126	25891	25757	26742	26839	26689	27557	27308	27267	27442	28070	27804	27353	.
Sicht- u. Termineinlagen, ges. 14)	"	"	68542	68287	69754	68640	69845	72076	70728	71687	73100	72213	72126	75422	72953	73136
von Wirtschaft und Privaten	"	"	49732	49355	49177	50283	50850	51360	52044	52577	52119	53603	54498	56976	54990	54991
Sichteinlagen	vH	"	69,8	69,6	70,4	70,1	70,4	71,7	71,0	71,4	71,5	71,3	72,0	71,6	70,0	69,4
Termineinlagen	"	"	30,2	30,4	29,6	29,9	29,6	28,3	29,0	28,6	28,5	28,7	28,0	28,4	30,0	30,6
von deutschen öffentl. Stellen 15)	Mill. DM	"	18810	18934	20577	18357	18935	20716	18684	19110	20981	18610	17623	18446	17963	18145
Sichteinlagen bei Kreditinstit. außerh. d. Zentralbanksystems	vH	"	24,0	25,6	23,1	23,2	22,5	24,6	22,5	24,7	22,6	22,6	28,6	29,7	25,6	26,9
Sichteinlagen beim ZBS 11)	"	"	20,1	18,3	28,2	22,7	21,8	25,2	22,7	20,4	30,1	26,6	15,4	17,4	17,8	17,8
Termineinlagen	"	"	55,9	56,1	48,7	54,1	55,7	50,2	54,8	54,9	47,3	50,8	56,0	52,9	56,6	55,3
ERP-Sondervermögen	Mill. DM	"	617	613	517	425	448	445	754	611	553	538	430	134	569	270
Spareinlagen	"	"	82563	83875	84589	85336	85790	86472	87266	87952	88574	89629	90218	93501	95228	96951
Deutsche Bundesbank																
Gold und Devisen, gesamt	Mill. DM	E	30145,1	30894,5	30583,1	30026,1	29850,2	30811,2	30392,6	30207,6	30322,7	30303,5	29887,3	30747,4	29288,6	29628,6
Gold	"	"	15138,7	15160,1	15375,6	16001,1	16039,2	16082,9	16224,8	16308,7	16348,1	16348,9	16349,6	16750,8	16735,7	16738,2
Guthaben bei ausländisch. Banken	"	"	14661,9	15411,4	14619,2	13617,3	13388,2	14273,5	13693,8	13419,1	13501,0	13478,5	13041,3	13453,2	11986,6	12373,9
Sorten, Wechsel, Schecks	"	"	844,5	323,0	888,3	407,7	422,7	454,8	474,0	479,8	473,6	476,1	496,4	563,4	566,3	516,5
Wertpapiermarkt																
Absatz an festverz. Schuldver- schreibungen und Aktien 2)	Mill. DM	S	3184,9	1840,2	1484,0	1570,1	1452,1	1950,3	1726,0	1497,8	1267,2	1533,1	1086,8	1318,3	2417,5	1797,0
Pfandbriefe	vH	"	19,7	20,7	25,5	33,7	19,9	21,4	24,6	21,4	20,2	24,6	33,5	41,3	24,1	24,7
Kommunalobligationen	"	"	26,2	26,8	27,4	23,1	13,4	11,6	16,7	14,5	12,1	18,5	15,2	21,5	18,3	21,3
Öffentliche Anleihen	"	"	27,6	20,1	23,9	7,4	29,2	22,8	10,8	27,1	25,6	29,9	34,0	10,3	33,0	0,6
Industrieobligationen	"	"	1,9	7,5	3,4	10,0	12,7	12,6	4,6	2,7	—	—	—	0,5	6,2	
Aktien	"	"	6,4	4,2	3,4	11,0	7,5	7,6	14,6	12,8	11,0	8,3	8,3	5,4	3,6	16,1
Kursdurchschnitt 8)	31.12.53	"														
Aktien 4)	= 100	D	567	579	600	596	584	574	583	594	599	577	562	561	564	549
5%ige Pfandbriefe	vH	"	118,17	118,97	119,52	119,59	119,76	119,89	119,92	120,04	120,04	119,90	119,58	119,69	119,93	119,71
5%ige Kommunalobligationen	"	"	116,36	116,88	117,21	117,47	117,61	117,68	117,68	117,80	117,82	117,94	118,25	118,29	118,44	118,43
5 1/2%ige Pfandbriefe	"	"	119,90	120,83	121,60	121,77	122,02	122,25	122,36	122,55	122,54	122,29	121,81	121,65	121,73	121,35
Finanzen																
Kassenmäßige Einnahm. aus Steuern des Bundes und der Länder 5)	Mill. DM	S	6184,4	5239,2	8735,7	5344,8	5657,4	9468,7	6092,8	6057,2	9488,3	6040,6	6189,8	10994,0	7003,2	5306,8
Einkommen- u. Körperschaftst. 6)	"	"	2309,5	1690,5	5419,6	1797,6	1853,2	5878,6	2166,7	1884,6	5751,4	1983,3	1892,6	6840,5	2722,3	1617,0
Lohnsteuer	"	"	1609,8	1118,5	856,5	987,1	1110,5	1150,6	1456,0	1424,7	1425,7	1586,2	1586,2	1780,9	2024,7	1212,2
Veranl. Einkommenst.	"	"	411,0	317,8	2839,0	538,9	476,5	2849,0	349,7	218,5	2680,9	188,6	163,0	3068,1	349,7	233,3
Körperschaftsteuer	"	"	185,5	135,9	1663,9	160,7	193,2	1653,8	151,1	63,9	1612,5	169,9	99,0	1928,6	240,9	114,5
Umsatzsteuer	"	"	2108,7	1567,9	1493,1	1710,7	1820,8	1742,3	1892,4	1867,1	1754,0	1970,0	2035,8	1964,4	2357,7	1680,9
Zölle und Verbrauchsst. 7)	"	"	1308,1	1259,4	1400,1	1351,5	1235,0	1414,8	1534,1	1483,8	1525,4	1597,0	1453,2	1684,4	1454,7	1246,8
Lastenausgleichsabgaben 1)	"	"	64,6	358,6	48,2	80,5	346,5	46,3	76,9	334,4	53,1	83,9	372,0	90,9	66,0	332,5
Außenhandel																
Einfuhr, insgesamt	Mill. DM	S	4310	4234	4632	4923	4389	4933	5245	4562	4983	5479	5471	5678	5326	4988
Ausfuhr, insgesamt	"	"	4980	5158	5447	5690	5128	5402	5471	4688	5315	5350	5561	6151	5458	5413
Saldo 8)	"	"	+ 650	+ 924	+ 815	+ 767	+ 737	+ 469	+ 226	+ 126	+ 332	+ 471	+ 90	+ 473	+ 132	+ 425
Einfuhrvolumen 9)	"	"	4554	4452	4914	5182	4603	5198	5577	4812	5359	5388	5759	5921	5547	5547
Ausfuhrvolumen 9)	"	"	4983	5121	5420	5675	5113	5447	5407	4585	5274	5880	5470	5980	5337	5275
Terms of Trade 10)	1960=100	D	105,2	105,9	106,6	105,6	105,2	104,4	107,7	107,8	108,4	107,9	107,1	107,3	106,6	107,5
Einfuhr																
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	S	1102	1012	1119	1144	1088	1196	1167	1087	1145	1268	1350	1359	1172	1048
Rohstoffe	"	"	902	827	904	934	894	888	935	879	901	899	935	1016	1029	880
Halbwaren	"	"	721	688	665	821	727	831	939	805	843	913	870	957	969	788
Fertigwaren	"	"	1550	1674	1903	1976	1643	1955	2141	1744	2056	2337	2257	2283	2117	2232

Gegenstand	Gebiet	Einheit †)	1963	1964												1965		
				Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
				20,0	22,5	21,0	20,8	22,8	18,2	21,8	23,8	22,0	22,8	23,0	20,9	21,8	20,7	-
Verkehrsindizes																		
Personenverkehr, kalendertägl.																		
Dtsch. Bundesbahn, bef. Pers.	BRD	1954 = 100	TD	87	84	86	90	81	91	83	83	83	89	80	85	83	.	.
Straßenbahnen, " " " " " "	"	"	"	81	79	83	76	79	75	74	72	64	78	75	78	78	.	.
Omnib., Ortslinien " " " " " "	"	"	"	270	274	281	261	269	254	258	248	230	260	272	288	294	.	.
Überlandl. " " " " " "	"	"	"	175	188	190	175	184	172	172	163	155	178	180	191	183	.	.
Gelegenheit " " " " " "	"	"	"	80	68	81	83	86	157	209	194	168	183	127	90	84	.	.
Güterverkehr, arbeitstägl.																		
Dtsch. Bundesbahn, bef. Güter	BRD	1954 = 100	TD	128	130	127	132	136	142	139	130	135	140	149	156	141	.	.
Binnenschiffahrt, " " " " " "	"	"	"	164	107	148	174	200	213	200	180	172	169	173	188	.	.	
Seeschiffahrt, Güterumschlag	"	"	"	251	216	210	245	220	255	224	220	230	217	233	238	.	.	
Fernverk. m. Lkw ¹⁾ , bef. Güter	BRD	"	S	159	173	166	180	212	184	212	219	205	224	227	208	.	.	
Nachrichtenverkehr ²⁾	BRD	1954 = 100	S	189	179	167	176	182	166	169	
Deutsche Seefrachten																		
Linienfahrt	BRD	2.Hj.54=100	D	136	137	136	137	138	137	138	138	138	138	138	139	139	139	139
Trampfahrt	"	"	"	88	89	80	73	76	76	75	77	79	82	86	85	84	86	
Tankerfahrt	"	Mot/Sc.=100	"	97	110	73	44	49	46	45	40	51	47	58	62	83	74	66
Verkehrsleistungen																		
Personenverkehr																		
Dtsch. Bundesbahn ³⁾ , bef. Pers.	BRD	1000	S	95008	92168	88396	98253	85272	99251	87580	90731	91110	94627	87114	90172	90859	.	.
Pkm	"	Mill.	"	3140	2605	2567	3045	2564	3548	3326	4110	3951	3229	2739	2415	3301	.	.
Straßenbahnen ⁴⁾ , bef. Pers.	"	1000	"	251841	245600	241768	237611	238140	232278	224616	222780	197444	219832	234300	234247	243320	.	.
Pkm	"	Mill.	"	1176	1170	1156	1140	1140	1111	1067	1045	939	1051	1114	1121	1160	.	.
Omnibusse ⁵⁾ , bef. Pers.	"	1000	"	302555	314725	300475	296728	299507	293518	287866	283906	265834	292847	309371	316061	322759	.	.
Pkm	"	Mill.	"	2545	2658	2562	2660	2712	3428	3766	3830	3513	3612	3109	2743	2714	.	.
Luftfahrt ⁶⁾ , Fluggäste	BRD	1000	"	736	701	697	858	945	1208	1204	1277	1866	1555	1186	869	831	829	.
Güterverkehr																		
Dtsch. Bundesb. ⁷⁾ , bef. Güter	BRD	1000 t	S	24013	25855	24590	25192	28128	25325	27809	29547	27542	29049	31986	30535	27867	.	.
Tarif-tkm	"	Mill.	"	4684	5282	4739	4696	5164	4728	5143	5536	5186	5525	5957	5507	5255	.	.
Güterwagengestellg.	"	1000	"	1455	1515	1446	1477	1651	1424	1588	1703	1578	1679	1824	1680	1545	1395	1362
Binnenschiffahrt ⁸⁾ , bef. Güter	"	1000 t	"	13294	9661	12669	14513	18126	16342	17418	16838	15222	15226	16121	15982	15489	.	.
tkm	"	Mill.	"	3080	1964	2618	3186	4201	3866	4039	3837	3238	3277	3402	3374	3539	.	.
Seeschiffahrt ⁹⁾ , bef. Güter	"	1000 t	"	8311	7895	7274	8255	8160	8051	8010	8268	8221	7956	8761	8407	8356	.	.
Fernverk. m. Lkw ¹⁾ " " " "	BRD	"	"	8110	8863	8466	9202	10861	9421	10846	11209	10490	11450	11723	10811	.	.	
Tarif-tkm	"	Mill.	"	2006	2244	2133	2597	2652	2291	2626	2704	2529	2795	2875	2669	.	.	
Luftfahrt ⁶⁾ , Fracht und Post	"	t	"	17433	15540	16396	16753	17755	17065	17183	17568	16082	18590	20663	19480	20806	18095	.
Nachrichtenverkehr																		
Briefsendungen	BRD	Mill.	S	823	765	711	786	825	680	718	772	679	785	810	831	931	714	727
Paketsendungen	"	"	"	38	22	22	26	25	20	21	21	19	24	29	33	41	21	22
Telefongespräche	"	"	"	538	524	491	483	486	522	501
Neuzulassn. v. Kraftfahrzeugen dar. Personenkraftwagen ¹⁰⁾	BRD	Stück	S	90724	94090	119944	181742	178128	138622	146674	140577	96272	126309	132111	105109	102324	35038	.
"	"	"	"	77462	80483	102056	157376	152637	120916	126483	121671	82081	107987	113704	90163	87423	81007	.
Einzelhandelsumsätze																		
Gesamter Einzelhandel																		
Nahrungs- und Genußmittel	BRD*)	1954 = 100	S	283	176	170	199	205	198	191	208	183	193	232	234	311	186	180
Bekleidung und Wäsche	"	"	"	223	168	173	187	183	182	182	193	184	177	195	185	249	174	175
Hausrat und Wohnbedarf	"	"	"	316	164	138	181	194	203	170	198	148	173	250	251	334	186	147
sonstiger Einzelhandel	"	"	"	384	189	181	204	212	198	199	226	213	229	262	277	373	202	201
"	"	"	"	315	203	202	239	250	220	230	207	207	221	241	248	351	204	218
Grundstoffpreise																		
Grundstoffe insgesamt																		
Grundst. inländischer Herkunft	BRD*)	1958 = 100	D	103,6	104,0	103,9	102,8	102,1	102,2	102,5	102,6	103,1	103,0	103,9	104,9	105,7	104,8	105,0
ausländischer	"	"	"	104,8	105,0	104,9	103,6	102,7	103,1	103,4	103,6	104,2	104,0	105,0	106,2	107,1	106,2	106,5
Grundst. landwirtschaftl. Herk.	"	"	"	97,0	98,2	97,6	98,2	98,0	97,5	97,3	96,9	97,1	97,2	97,6	97,6	97,1	96,9	96,9
industrieller	"	"	"	109,2	110,0	109,0	106,1	103,9	104,5	104,6	104,7	105,2	104,4	105,5	107,4	109,9	108,0	107,7
"	"	"	"	100,0	100,1	100,5	100,6	100,9	100,8	101,1	101,2	101,7	102,1	102,9	102,9	102,7	102,7	103,3
Erzeugerpreise																		
Industriizerzeugnisse insgesamt																		
Grundst.- und Prod.-güterind.	BRD*)	1958 = 100	D	104,1	104,3	104,4	104,5	104,6	104,6	104,7	104,8	105,1	105,7	106,2	106,6	106,5	106,8	.
Investitionsgüterindustrien	"	"	"	98,7	98,7	99,0	99,2	99,6	99,7	99,8	99,9	100,4	101,1	101,9	102,2	101,9	101,5	.
Verbrauchsgüterindustrien	"	"	"	107,4	107,5	107,8	108,0	108,2	108,3	108,4	108,7	109,1	109,8	110,6	110,7	111,1	.	.
Nahrungs- u. Genußmittelind.	"	"	"	108,0	108,5	108,7	108,9	109,1	109,1	109,1	109,2	109,4	110,1	110,3	110,4	110,8	.	.
Landwirtschaftliche Produkte insgesamt	"	57/58 - 58/59 = 100	"	104,5	104,8	104,7	104,4	104,2	104,1	104,1	104,0	104,3	104,7	104,8	105,0	105,1	105,2	.
"	"	"	"	110,9	111,3	110,1	107,3	105,2	105,4	105,5	108,9	108,4	106,8	107,3	110,5	112,9	111,2	.
Einzelhandelspreise																		
Insgesamt																		
Lebensmittel	BRD*)	1958 = 100	D	110	111	111	111	111	111	111	112	112	112	112	113	113	114	114
Textilwaren und Schuhe	"	"	"	109	109	110	110	110	110	110	110	111	111	111	111	112	112	112
Hausrat und Wohnbedarf	"	"	"	109	109	110	110	110	110	110	110	111	111	111	111	112	112	112
"	"	"	"	112	112	113	113	113	113	113	113	113	113	114	114	115	115	116
Preisindex f. d. Lebenshaltg.																		
Gesamt¹¹⁾																		
Nahrungs- u. Genußmittel	BRD*)	1962 = 100	D	104,0	104,6	104,7	104,9	105,1	105,2	105,3	105,7	105,5	105,5	105,7	106,2	106,4	107,0	107,1
Kleidung, Schuhe	"	"	"	103,6	104,6	104,5	104,7	105,0	105,0	105,1	105,8	104,9	104,7	104,5	105,4	105,8	106,4	106,2
Wohnungsmiete	"	"	"	103,0	103,3	103,5	103,7	104,0	104,1	104,1	104,2	104,3	104,6	104,9	105,1	105,2	105,6	105,9
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	"	"	"	107,7	109,1	109,5	109,9	111,4	111,6	111,6	112,4	112,7	113,1	114,2	114,6	114,8	116,2	116,4
Sonst. f. Haushaltsführung ¹²⁾	"	"	"	104,9	105,1	105,0	104,8	103,3	102,9	103,1	103,3	103,5	104,0	104,8	105,0	105,1	106,3	106,4
Waren und Dienstleistungen für Verkehr, Nachrichtenübm.	"	"	"	102,4	102,6	102,8	102,9	102,9	103,1	103,4	103,4	103,7	103,8	104,1	104,2	104,3	104,8	105,1
Körper- u. Gesundheitspflege	"	"	"	105,1	105,2	105,2	105,5	105,6	105,6									